

Spielberger Nachrichten

Nummer 2, März 2010. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



Die oben richten sich`s - Wir zahlen die Zeche, so darf es nicht weitergehen!

Die KPÖ kandidiert zum ersten Mal in Spielberg.
Spitzenkandidat ist Ing. Erich Wilding. Wir haben mit ihm
das folgende Interview geführt:

Dürfen wir um eine kurze Vorstellung bitten?

Ich bin 48 Jahre alt, verheiratet und arbeite als Angestellter in der Voest-Alpine Eisenbahnsysteme. Aufgewachsen bin ich in Stadlhof und Lind in bescheidenen Verhältnissen. Das hat auch meine soziale Einstellung geprägt. Bevor meine Familie nach Zeltweg übersiedelte, besuchte ich in Lind die Volksschule. Nach Abschluss der Pflichtschule begann ich eine Lehre in der Voest Alpine. In den 90igern absolvierte ich die Werkmeisterschule und anschließend die Abendschule der HTL Kapfenberg. Nach einer „Rundreise“ durchs Aichfeld wohne ich nun seit mehr als zehn Jahren wieder in Spielberg.

Wann hast du begonnen dich für Politik zu interessieren?

Meine ersten politischen Erfahrungen machte ich bei der Sozialistischen Jugend Zeltweg, deren Obmann ich zwei Jahre gewesen bin. Mit Beginn der Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie trat ich aus Enttäuschung über die Politik der SPÖ 1983 der KPÖ bei. Bis zur Betriebsteilung kandidierte ich für den Gewerkschaftlichen Linksblock und war Betriebsrat in der Voest.

Warum kandidierst du nun für den Gemeinderat?

Wir wollen an Hand der Gemeindepolitik zeigen, dass es grundsätzlich einer anderen Politik bedarf. Der so oft zitierte Spargedanke ist grundsätzlich richtig, wird aber bei den Falschen angewandt. Bei Politiker- und Managergehältern wird nicht gespart. **Die oben richten sich`s, wir zahlen die Zeche.** Es muss sich ändern.

Was ist für dich wesentlich in der Gemeindepolitik?

Die KPÖ tritt dafür ein, dass alle Dinge der Daseinsvorsorge, wie z.B. Gesundheitswesen, Wasser, Kanal oder die Pflege in öffentlicher Hand bleiben. Sollten wir in den Gemeinderat kommen, wollen wir das ständig zum Thema machen. Denn am Anfang sind Private scheinbar günstiger. Aber bald zeigt sich, dass die Menschen verlieren. Sei es durch schlechtere Leistungen, oder indem die dort Beschäftigten weniger verdienen und einem enormen Leistungsdruck ausgesetzt sind. Wir sind der Ansicht, dass die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nicht den Profitinteressen ausgeliefert werden dürfen. Genau um jenen Anteil, den Private aus diesen Unternehmen an Gewinnen entnehmen, können statt dessen die Leistungen verbessert oder höhere Löhne bezahlt werden.



Ing. Erich Wilding,
Spitzenkandidat der KPÖ

Was ist dir sonst noch wichtig?

Eine steiermarkweite Forderung der KPÖ ist ein Gebührenstopp in den Gemeinden. Finanziert werden soll dies durch einen geänderten Finanzausgleich, der die Gemeinden stärkt. Das Geld muss von einer Reichensteuer, wie sie die KPÖ fordert, kommen. Weiters sollten die Steuern auf Vermögen wieder auf das durchschnittliche OECD Niveau angehoben werden. Österreich hat die niedrigste Vermögensbesteuerung von allem OECD Staaten. (lt. Armuts und Reichtumsbericht).

Was ist in der Politik falsch gelaufen?

Die Politik in Gemeinden, Land und Bund steht heute vor dem Problem, dass sie ihren Einfluß auf die Arbeitsplätze bis auf wenige Bereiche an Private abgegeben hat. Bürgermeister, Landeshauptleute sind heute nur mehr Bittsteller bei den privaten Unternehmen. Sie begeben sich oft genug in einen überzogenen Förderwettbewerb. Unternehmen nützen dies naturgemäss reichlich aus.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ↻

ATB, ATS und alles, was mit der Wiederherstellung des A1-Rings zutun hat, sind nur einige Beispiele dafür. Wir fordern: Wenn Förderungen an Unternehmen fließen, dann muß die entsprechende Körperschaft auch ein Mitspracherecht bzw. Besitzanteile haben. Bei Verlagerung der Arbeitsplätze an andere Standorte oder ins Ausland sind Fördergelder zurückzuzahlen.

Die sogenannte Ausländerfrage ist ein Thema das viele bewegt.

Durch den EU Beitritt und die Globalisierung gibt es auch bei uns Zuwanderung. Dort, wo es dadurch Probleme gibt, ist es unser aller Aufgabe diese Probleme zu lösen. Auch die Information muss verbessert werden um den vielen falschen Gerüchten über die staatlichen Leistungen entgegenzuwirken. Nur eine Zukunft, die gemeinsam mit allen in Spielberg lebenden Menschen gestaltet wird, kann eine gute Zukunft sein. Menschen gegeneinander auszuspielen führt zu Hass, aber nicht zur Lösung von Problemen.

Wie stehst du zum Ausbau der S36/S37

In unserer Gemeinde müssen die zu erwarteten Auswirkungen ausführlich diskutiert werden. Sollte der Lückenschluß vollständig vollzogen werden, dann droht uns ein laut Experten ein enormer Anstieg des Verkehrs auf dieser Strecke. Damit ist natürlich eine Verschlechterung unserer Lebensqualität verbunden. Wir sind der Meinung, dass Verkehrsprobleme nicht durch stärkeren Ausbau der Straße, bei gleichzeitiger Schließung von Nebenstrecken und Verschlechterungen im Bahnverkehr gelöst werden kann. Möglichst viel Verkehr gehört auf die Schiene verlagert. Beispielgebend dafür ist die Schweiz.

Was meinst du zum Thema Eurofighter?

Ich habe beim Roten Kreuz den Zivildienst abgeleistet. In unserer Verfassung steht, dass wir unsere Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen müssen. Jedoch wird der Umfang nirgends festgehalten. Die beste Verteidigung ist eine aktive und unabhängige Neutralitätspolitik. Die Eurofighter sind ein sinnloser Aufrüstungsschritt. Unsere Gemeinde ist durch den Fluglärm und Abgase betroffen. Notwendig ist ein neuer Flugeinsatzplan, der die Belastungen in unserer Region auf ein Minimum reduziert. Die KPÖ hat einen Antrag



Erich Wilding bei der Übergabe der Petition für eine Reichensteuer im Parlament in Wien. Die KPÖ fordert eine Besteuerung von Vermögen über einer Million Euro.

zu diesem Thema in den Landtag eingebracht. Wir hoffen, dass auch alle anderen Parteien diesen Antrag unterstützen.

Was würdest du dir wünschen?

Das unsere selbsternannten Saubermänner oft „Dreck am Stecken“ haben (Eurofighter, Hypo-Alpe-Adria, Buwog), müssen wir oft Tag für Tag aus der Zeitung erfahren. Deshalb würde ich mir wünschen, dass viele BürgerInnen, aktiv am politischem Geschehen teilnehmen. Denn nur wenn ein Druck von unten kommt, wird sich Oben etwas ändern. Demokratie erfordert neben dem zur Wahl zu gehen, auch Dinge kritisch zu hinterfragen - und sich selbst einzubringen.

Danke für das Gespräch

**Wollen Sie mit uns Kontakt aufnehmen
oder uns Ihrer Meinung sagen?**

KPÖ-Knittelfeld-Spielberg

Tel.: 03512/ 82240

E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

**Die oben richten sich's -
Wir zahlen die Zeche**

Für Gerechtigkeit!

www.kpoe-steiermark.at

Der ganz normale kapitalistische Wahnsinn

ATB-Spielberg

Ein Interview in der Zeitung Format mit dem ATB-Aktionär Mirko Kovats lässt die Alarmglocken schrillen. Er spricht von einem unvermeidlichen Personalabbau bei ATB. Voitsberg soll mit 400 Beschäftigten sein größter österreichischer Industriestandort werden. Sollen also in Spielberg in Zukunft weniger als 400 Menschen beschäftigt sein?

Gleichzeitig sagt Kovats, dass er mit ordentlichen Gewinnen rechne. Eine Bankenbesteuerung lehnt er ab, dafür soll die Mehrwertsteuer auf 22 Prozent erhöht werden. Kovats auf die Frage, dass dies auch ärmere Bevölkerungsgruppen treffen würde: „Keine Sozialromantik bitte. Das Budgetloch gehört gestopft“.

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Für eine kleine Partei ist jede Wahl eine „Schicksalswahl“.

Wenige Stimmen können darüber entscheiden, ob wir in Zukunft im Gemeinderat vertreten sind.

Wenn Sie der Meinung sind, es ist gut, dass die KPÖ im Spielberger Gemeinderat vertreten ist ersuchen wir Sie um Ihre Stimme.

Die KandidatInnen der KPÖ



2. Roland Moharitsch, geb. 1973, Textilarbeiter

Es ist mir ein Anliegen sozial Schwache, sowie die arbeitenden Menschen zu vertreten. Deshalb bewerbe ich mich für den Gemeinderat. Ich persönlich finde das Wahlprogramm der KPÖ ist eine gute Alternative zu den sonstigen Programmen der anderen Parteien. Die KPÖ steht für sachliche Arbeit, und wie schon des Beispiel Knittelfeld zeigt, ist es sicherlich nicht schlecht eine Partei im Gemeinderat zu haben, die auch auf die sozial Benachteiligten achtet und versucht Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken. Falls wir in den Gemeinderat gewählt werden, wollen wir unter dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ in Spielberg eine gerechte und soziale Gemeindepolitik vertreten. Ich ersuche deshalb um Ihre Unterstützung.



3. Petra Lorberau, geb. 1973, Hausfrau

Ich bin Hausfrau und habe drei Kinder in den verschiedensten Altersstufen. Deshalb fällt es mir besonders auf, dass es in Spielberg für Kinder und Jugendliche wenig Möglichkeiten gibt. Es gibt zwar einen Kinderspielplatz aber dort fehlen Bänke für die Begleitpersonen. Vor allem aber fehlt ein Treffpunkt für die Jugend. Das sind Themen, die die KPÖ in den Gemeinderat einbringen will. Außerdem steht die KPÖ für soziale Gerechtigkeit und eine Umverteilung des Reichtums, das ist mir besonders wichtig und deshalb kandidiere ich für die KPÖ.



Benjamin Dianat, geb. 1992, Schüler

Als Jugendlicher hat man in Spielberg nicht viele Möglichkeiten. Will man etwas erleben, ist es am besten nach Knittelfeld oder Judenburg zu fahren. Doch die Busverbindungen lassen zu wünschen übrig. Nur unter der Woche, und auch hier nur unter Tags fahren regelmäßig Busse hin und her. Will man am Samstagabend in die Stadt, treten hier schon größere Schwierigkeiten auf. Unmöglich hingegen ist es in der Nacht mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nach Hause zu kommen. Egal ob unter der Woche, oder am Wochenende. Die KPÖ setzt sich dafür ein, dass der öffentliche Verkehr ausgebaut werden soll.

Leider bin ich noch zu jung, um selbst kandidieren zu dürfen. Für mich ist die KPÖ die einzige Partei, die sich darum sorgt, dass auch für die nächste Generation noch Arbeitsplätze vorhanden sind, da sie Verschlechterungen, wie Privatisierungen oder Sozialabbau, die es in unserem kapitalistischen System leider zu Hauff gibt, entgegentritt. Das kapitalistische System nimmt keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Jugend. Das sieht man an der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Um dem etwas entgegenzuwirken wähle ich am 21. März die KPÖ.

Dafür steht die KPÖ:

Für einen Gebührenstopp

Alles wird teurer. Die breite Masse der Bevölkerung wird schon genug belastet. Die Wirtschaftskrise hat die die Lage noch verschärft. Ein Gebührenstopp muss her.

Mehr Geld für die Gemeinden

In der Gemeinde spielt sich das tägliche Leben der Menschen ab. Deshalb brauchen die Gemeinden auch die nötigen Mittel. Anstatt über die leeren Steuertöpfe zu jammern, sollte das Geld dort geholt werden, wo es reichlich vorhanden ist. Deshalb ist die KPÖ für die Einführung einer Reichsteuer aktiv, deren Ertrag auch den Gemeinden zugute kommen soll.



Für den Erhalt öffentlichen Eigentums

Privatisierung und Ausgliederung haben sich als Nachteil für die Beschäftigten und für die KundInnen erwiesen. Die Krise hat gezeigt, wer für den Privatisierungswahn der letzten Jahre bezahlen muss. Werden Gewinne gemacht, fließt das Geld in private Taschen. Kommt es zu einer Krise, dürfen der zuvor so geschmähte Staat und die damit die SteuerzahlerInnen bezahlen.

Auf Grund der Finanznöte der Gemeinden steigt der Druck Gemeindeeigentum zu verkaufen. Die KPÖ ist der Meinung, dass vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge, wie z.B. Wasser, Müllentsorgung, Wohnungen, Energie, Gesundheitswesen, Pflege oder Verkehr in öffentlicher Hand sein müssen.

Gegen Politikerprivilegien

Die KPÖ war immer schon der Meinung, dass die PolitikerInnenbezüge zu hoch sind. Wir haben als einzige Partei gegen die Pläne von Städte- und Gemeindebund gestimmt, die Bezüge wieder kräftig zu erhöhen.



Seitdem KPÖ PolitikerInnen in Funktionen sind, die mit einem hohen Einkommen verbunden sind, gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Dorthin wird von den KPÖ-Landtagsabgeordneten und StadträtInnen ein wesentlicher Teil ihres Einkommens einbezahlt, um Menschen zu helfen, denen es nicht so gut geht.

Für die MieterInnen

Eine leistbare Wohnung ist eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wir haben uns gegen den Verkauf der Bundeswohnungen ausgesprochen und die MieterInnen informiert. Im Landtag sind wir für eine Verbesserung der Organisation der Wohnbeihilfenstelle eingetreten, damit die MieterInnen nicht mehr so lange auf die Wohnbeihilfe warten müssen. Auch die Anhebung

der Wohnbeihilfe ist unser ständiges Anliegen. Damit die MieterInnen zu ihrem Recht kommen führen wir Mietrechtsberatungen durch.

Für Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung

Die Menschen brauchen Arbeitsplätze mit einer Bezahlung von der man/frau gut leben kann. Das ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt, unserer Region und unserer Gesellschaft. Gerade jetzt müsste die öffentliche Hand investieren und Arbeitsplätze schaffen, anstatt die Ausgaben zurückzufahren. Die KPÖ ist für ein Beschäftigungsprogramm der öffentlichen Hand. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden: z.B. in der Pflege, im Gesundheits- und Bildungswesen, durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, durch eine Wohnbauoffensive und die Sanierung öffentlicher Gebäude, die Erforschung und den Ausbau erneuerbarer Energie.



Für Neutralität und gegen Aufrüstung

Seit Jahrzehnten setzt sich die KPÖ konsequent für unsere Neutralität und gegen Militarisation und Aufrüstung, wie z.B. den Ankauf der Eurofighter, ein. Das Aichfeld wird immer mehr zur Militärregion. Das ist keine gute Entwicklung. Wir sind für die Ansiedelung neuer, ziviler Projekte. Um den Belastungen durch die Eurofighter zu vermindern braucht es einen verbindlichen Flugeinsatzplan.

Für soziale Gerechtigkeit

Es darf nicht sein, dass in unserem Land immer mehr Menschen arbeitslos und an und den Rand gedrängt werden, während eine kleine Elite immer reicher wird.

Ist Wahlverweigerung ein wirksamer Protest?

Viele Menschen erklären gar nicht zur Wahl gehen zu wollen. Die Enttäuschung der Menschen über die Politik ist berechtigt, denn die herrschenden Parteien handeln im Interesse der Eliten und der Konzerne. Die EU wirkt dabei noch als Brandbeschleuniger für alle Verschlechterungen.

Nur, nicht zur Wahl zu gehen bewirkt gar nichts. Alles, was dadurch erreicht wird, ist dass weniger Stimmen genügen um ein Mandat zu erreichen. Für die Erlangung des Wahlrechtes haben Menschen gekämpft und sind sogar dafür gestorben.

Dieses Recht nicht ausüben zu wollen stärkt nur die Mächtigen und bringt keinerlei Veränderung.

